



Referat: OBM
Amt: 13-3

Niederschrift

Besprechung am: 18.04.2024 Beginn: 17:30 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal Ende: 20:30 Uhr

Thema: 22. Vollversammlung der Ausländer- und
Integrationsbeirates der Stadt Erlangen

Anwesende

Entschuldigt

Verteiler

Siehe Anwesenheitsliste

Siehe Anwesenheitsliste

Siehe Anwesenheitsliste

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Der Vorsitzende des Beirats, Rami Boukhachem, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder des Beirats unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen wurden.

TOP 1 Aktuelles

Der Vorsitzende berichtet von der Presseerklärung zur Situation von Beschäftigten der KSG und der Stellungnahme des Unternehmens dazu.

Weiterhin weist er auf die Preisausschreibung des Diogo-Pereira Preises hin. Der Einsendeschluss ist der 30. April. Zudem wird auf die Kundgebung der Aktion Courage am 20.04. mit dem Motto „Nie wieder ist JETZT!“. Es gab keine Rückmeldungen oder Fragen zur MZK.

TOP 2 Bericht des Integrationsrats der Stadt Nürnberg über deren Arbeit

Die stellvertretende Vorsitzende Liz Nicholson begrüßt Herrn Flavio Gambato, den stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrats Nürnberg.

Herr Gambato bedankt sich für die Einladung und berichtet von den aktuellen Schwerpunkten des Nürnberger Beirates. Unter anderem wurden folgende Themenbereiche vorgestellt:

- Unterstützung der Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt, es sei eine Jobmesse in Planung, auf welcher sich Menschen mit geringen Deutschkenntnissen mit Arbeitgebern austauschen können.
- Deutschförderung im Grundschulalter soll das Problem der Chancenungleichheit im Bildungssystem aufgrund von mangelnden Sprachkenntnissen angehen. Auf kommunaler Ebene sollen dafür Honorarkräfte eingestellt werden, die Sprachförderungen in Kindergärten und Kindertagesstätten durchführen. Vorab müsste der genaue Bedarf bemessen werden. Auf Rückfragen stellte Herr Gambato klar, dass die Problematik aktuell in der Testung der Fähigkeiten liegt und dafür das Personal fehle. Dieses müsse fachlich ausreichend qualifiziert sein.
- Zudem seien auch andere Themen wie Sperrmüll, Trinkwasserbrunnen, Jubiläumsplanung, Sensibilisierung zu Antiziganismus, Bücherbus und Tage gegen Rassismus und weiterhin aktuell.

Beide Anträge des Beirates Nürnberg sollen an die GS des AIB Erlangen weitergeleitet werden.

Lütfiye Yaver-Bozkurt fragt nach den Kapazitäten und mangelnden Antwortraten der Nürnberger Ausländerbehörde. Herr Gambato berichtet von einer Überlastung der Mitarbeitenden. Die Thematik sei schon an den Bürgermeister herangetragen worden. Es seien bereits entsprechend qualifizierte Anwärt*innen für die Beamtenlaufbahn aus anderen Ämtern abgezogen und dort eingesetzt worden. Der Nürnberger und der Erlanger Beirat verständigen sich auf einen weiteren Austausch, um best practises bezüglich kommunalen Verbesserungen im Integrationsbereich auszutauschen. Dazu soll eine Kontaktgruppe eingerichtet werden, die einen überregionalen Austausch ermöglichen soll.

TOP 3 Bearbeitungsstand der Anträge auf Grundsicherung

Der Vorsitzende, Rami Boukhachem begrüßt Frau Ramming, zweite Werkleitung im Erlanger Jobcenter. Vor dem Hintergrund längerer Bearbeitungsdauern von Anträgen auf Grundsicherung wurde von der Linken eine Anfrage gestellt, die am 24.4. im Sozial- und Gesundheitsausschuss behandelt werden soll.

Frau Ramming stellt sich vor und erläutert die Herausforderungen bei der Umstrukturierung. Frau Ramming nimmt zu den Bearbeitungszeiten Stellung. Die Dauer der Bearbeitung von Anträgen auf Bürgergeld liegt bei den meisten Fällen bei 1-2 Monaten; in 4% der Anträge gab es Bearbeitungszeiten von bis zu fünf Monaten. Die Einführung der E-Akte sowie die Personalfuktuation in der Leistungssachbearbeitung stellten Herausforderungen dar; die Bearbeitung erfordert ein hohes Fachwissen und Qualifikation, um die gesetzlichen Vorschriften richtig anzuwenden. Üblicherweise ist das Stammpersonal nicht länger als vier Jahre im Amt. Weitere Prozesse sollen digitalisiert werden.

Frau Ramming wirbt um Verständnis und erkennt an, dass es in Einzelfällen zu Notsituationen kommen kann. Sie erwähnt eine Emailadresse, an die man sich in Notfällen wenden kann. Diese wird jedoch nicht offen kommuniziert.

Das Thema der Erreichbarkeit der Leistungssachbearbeitung im Jobcenter wird diskutiert. Anwesende berichten, dass es nahezu unmöglich sei, die Sachbearbeiter telefonisch zu erreichen – trotz Einführung der Hotline. Die Hotline sei in der Regel nicht erreichbar. Falls man doch jemanden erreiche, sei der/ die Mitarbeitende nicht in der Position, Fragen zu klären oder Auskünfte zu fehlenden Unterlagen zu geben. Zudem seien Unterlagen nicht im System hinterlegt, die elektronisch eingereicht würden. Auch würden Anträge auf dem Weg von der Poststelle zum Jobcenter verloren gehen. Das Jobcenter würde auf Anfragen nur mit Briefen antworten, die schwer verständlich seien. Ein klärender Austausch persönlich, per Telefon oder Email, der zur effizienteren Bearbeitung von Anträgen beitragen würde, sei nicht möglich. Selbst für Mitarbeitende der Kundenberatung des Jobcenters, der Flüchtlings- und Integrationsberatung, des Jugendamts und für die Sozialberatungsstelle der GewoBau seien die Mitarbeitenden – auch in Notfällen – nicht erreichbar. Das führt dazu, dass Lebenshaltungskosten nicht gedeckt werden können und Menschen in prekäre soziale Missstände gedrängt würden. Auch seitens des Jugendmigrationsdienstes wird von Notlagen berichtet.

Die geschilderten Probleme seien laut den Anwesenden leicht lösbar, wenn die Leistungsbearbeitung eine – selbst zeitlich begrenzte - persönliche Ansprechbarkeit einrichten würde. Dies ist in der Kundenberatung des Jobcenters in der Bogenpassage üblich. Dazu erklärt Frau Ramming, dass man nicht mehr zurück zur Situation von überfüllten Gängen möchte. Die Sorge, dass der Kontakt mit schwierigen Kund*innen die Bearbeitungszeit erhöhen würde, hält die Mitarbeitenden davon ab, den persönlichen Kontakt anzubieten. Weiterhin erklärt Frau Ramming, dass die Ursachenforschung nach verloren gegangenen Unterlagen schwierig sei, weil dies in der Zuständigkeit von Kommunalbit liegen würde. Während der Umstellung zum Jahreswechsel seien vom System tatsächlich Daten gelöscht worden. Sie versuche eindringlich, hier auf Verbesserung hinzuwirken.

Frau Ziegau, Mitarbeiterin im Jobcenter und beratendes Mitglied im AIB bemerkt, dass kleinere Anfragen schnell geklärt werden könnten; die Kundenberatung in der Bogenpassage sei hier anders aufgestellt und offen für Kundenkontakt.

Zum Thema E-Mailkommunikation erklärt Frau Ramming, dass Emails aufgrund des Sozialdatenschutzes nicht erlaubt seien. Es gebe Gespräche mit dem Datenschutzbeauftragten, um pragmatische Lösungen zu finden. Frau Ramming erklärt die mangelnde Erreichbarkeit der Hotline damit, dass kein „Besetztsymbol“ angezeigt würde, wenn alle fünf Mitarbeitenden gleichzeitig telefonieren würden.

Es wird von den Anwesenden angeregt, Wiederbewilligungsbescheide für 12 Monate zu erteilen, da die Bearbeitungsdauer von vier Wochen sehr lange sei. Ebenso wird angeregt, mehr vorläufige Bescheide zu erteilen, damit Notsituationen verringert werden könnten. Frau Ramming erklärt, dass Hemmungen bei den Mitarbeitenden bestünden, vorhandene Spielräume zu nutzen. Dies sei durch die Unsicherheit begründet, Bescheide möglicherweise nicht in Vereinbarkeit mit den geltenden Rechtsvorschriften zu erteilen. Zudem erfordere jede Nutzung des Spielraums eine schriftliche Erklärung, die Zeit in Anspruch nehme. Die Sachbearbeitenden bräuchten Rückendeckung durch Ihre Vorgesetzten.

Herr Sauerer, Stadtratsmitglied regt an, dass der Stadtrat eine Weisungsverantwortung übernehmen könne, so dass Spielräume per Stadtratsbeschluss zu nutzen seien. Dies wurde auch bei der Ausländerbehörde in der Vergangenheit vom Stadtrat so beschlossen. Frau Ramming lehnt dies dankend ab.

Der Vorsitzende des AIB, Rami Boukhachem erwähnt den Austausch mit der GGFA vor ca. 1,5 Jahren, bei dem es darum ging, dass Wohnungen durch die Gewobau gekündigt worden seien, da das Jobcenter die Zahlung nicht fristgerecht geleistet habe. Daraufhin sei eine Notfall-Emailadresse eingerichtet worden. Frau Ramming erklärt, dass diese Mailadresse immer noch existiere und eingehende Anfragen von den Sachgebietsleitungen bearbeitet würden. Die Emailadresse soll jedoch nicht weiter bekannt gegeben werden. Die Zusammenarbeit zwischen der Gewobau und dem Jobcenter sei schwierig.

Es wird seitens der Anwesenden darum gebeten, in den Austausch des Jobcenters und des Sozialreferenten auch ehrenamtliche Helfende mit einzubinden, die von den Problemen mittelbar betroffen sind.

Frau Ramming bedankt sich für den Austausch und für das Engagement der Ehrenamtlichen und steht für einen weiteren Austausch zur Verfügung.

TOP 4 Jubiläumsfeier des AIB am 8. Juni 2024

Die Feier findet am 8. Juni von 15 Uhr bis 22 Uhr im Schlossgarten statt. Um 15:30 Uhr ist die Preisverleihung des „Diogo Pereira-Preises für Menschen die handeln“ geplant.

Die Vorbereitungen für das Fest sind bereits fortgeschritten. Es gibt einen guten Austausch mit dem beauftragten Orga-Team und mit den verschiedenen Ämtern. Das geplante Essensangebot umfasst indisches Essen, arabisches Essen, einen Eis- und einen Brezenstand. Die Getränkeinsel wird von Glüxrausch betrieben. Als Bands treten auf: Goodbey Loona, Mazen Mohsen und Cana

Que Que. Der Erlanger Kneipenchor eröffnet das Fest um 15 Uhr. Der Mütter- und Familientreff bietet Kinderprogramm an.

Während der Umbaupausen auf der Bühne gibt es kulturelle Einlagen von folgenden Vereinen: Indian Franconia Community, Darnaa (palästinensischer Verein), Verein der Ukrainer in Franken e.V., Brücken e.V. und von der brasilianischen Trommelgruppe Bateria Caliente.

Die Bilder für die Ausstellung wurden und werden aktuell gemacht. Interviews werden aufbereitet. Personen und Texte werden ausgewählt und es wird grafisch aufbereitet. Die Werbung umfasst die Plakatierung im Stadtgebiet, bei der FAU, bei Bürgertreffs und weiteren Multiplikator*innen, sowie digital mit Social Media-Kampagne ab Anfang Mai. Ein Einsatzplan, wird erarbeitet und in Stackfield eingestellt.

Ein Infostand des AIB ist geplant.

Qiong Gu regt an, dass die chinesische Community mit eingebunden werden sollte. Die Geschäftsführung nimmt den Vorschlag auf.

TOP 5 Berichte aus den Arbeitsgruppen und Gremien

In der Sitzung der AG Politik am 15. Februar wurde über folgende Themen gesprochen: Rechtsextremismus in Deutschland, die Idee einer humanitären Städtepartnerschaft mit Bihac in Bosnien-Herzegowina, die Migrationspolitik in Bayern und über aktuelle Themen der Ausländerbehörde.

In den Sitzungen der AG Bildung und Arbeit am 11. März und 11. April ging es um folgende Themen:

- Rückblick auf die Aktionen zum Tag der Muttersprache
- Geplante Veranstaltungen für Frauen zum Thema Berufseinstieg und Arbeitsrechte
- Geplante Veranstaltungen gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit zur Weiterqualifizierung von Menschen in Helfertätigkeiten
- Austausch mit Frau Ziegau des Jobcenters zu Angeboten für zugewanderte Frauen sowie
- Räumliche Situation an der Pestalozzischule und die Förderung von benachteiligten Kindern aus dem Stadtteil

Die AG Kultur und Soziales berichtet von der Sitzung am 29. Februar. Dabei ging es um die Veranstaltung zum internationalen Frauentag. Diese war sehr gut besucht, ebenso wie die Veranstaltung zu ausländischen Live-In Kräften in der Pflege im März. Eine zweite Veranstaltung dazu soll im Herbst folgen. Weiterhin wurde besprochen, dass das Thema Gesundheit in Bezug auf Zugewanderte von der Arbeitsgruppe aufgegriffen wird. Darüber hinaus will sich die AG Gedanken machen, um die Veranstaltungsreihe „Vielfalt Erlangen“ mit einem Infoabend zur Vielfalt Indiens zu ergänzen.

Die AG Öffentlichkeitsarbeit hat sich am 8. April mit folgenden Themen befasst:

- Post-Planung und künftige Social Media Pläne
- Plakat für AIB-Jubiläum
- Planungen zum Infostand des AIB beim Tag der offenen Tür am Rathaus am 27.4.
- Social Media Kampagne gegen Rechts auf TikTok in Kooperation mit dem Jugendparlament oder SOR-Schulen

Die Geschäftsführerin weist darauf hin, dass aktuell geklärt wird, ob TikTok zur Nutzung freigegeben wird.

Der Vorsitzende berichtet vom Austauschtreffen mit der Ausländerbehörde am 9. April. Dort wurde über das neue Einbürgerungsgesetz berichtet. Aktuell gebe es noch unbestimmte Rechtsbegriffe. Die Ausländerbehörde warte noch auf Klärung. Es wurden bei dem Treffen Verständigungsprobleme diskutiert. Digitale Übersetzungsmöglichkeiten würden an der Infotheke nicht akzeptiert. Es würde darauf verwiesen, dass Amtssprache deutsch sei und die Kund*innen selbst für eine (persönliche) Übersetzung sorgen müssten. Der Beirat spricht sich für einen technischen Lösungsansatz aus. Die Vorsitzenden gehen nochmals in den Austausch mit dem Leiter der Ausländerbehörde.

Der Vorsitzende berichtet von geänderten Abläufen bei der Prüfung der Voraussetzungen für eine Verpflichtungserklärung. Vorschlägen für eine Verbesserung werden thematisiert.

Die stv. Vorsitzende, Liz Nicholson berichtet über das letzte Treffen des Lenkungskreises am 7. März. Am 18. Juni wird Prof. Petra Bendel eine Studie zu Integration als Pflichtaufgabe vorstellen.

Frau Ramming bittet darum, Frau Schütte-Fiedler des Jobcenters, Nachfolgerin von Frau Grey, bei Themen hinzuzuziehen, bei denen es um die berufliche Integration von zugewanderten Frauen geht. Das Jobcenter sei auf Bedarfsmeldungen angewiesen, um Fördermittel beantragen zu können.

Die Geschäftsführerin Frau Braun berichtet über die Sitzung zu dem Projekt „Positive Narrative“ vom 20. April. Bei dem gemeinsamen Treffen von Silvia Klein (Koordinationsstelle Integration), Amil Sharifov (Koordination Flüchtlinge und Integrationsberatung) sowie Mitgliedern und der Geschäftsstelle des AIB wurden die Ziele und die Zielgruppen sowie die Kernaussage der geplanten Kampagne diskutiert.

TOP 6 Anträge / Anfragen / Sonstiges

Alle Interessierten sind herzlich zum Sommerfest des AIB anlässlich des 50-jährigen Jubiläums am 8. Juni 2024 eingeladen. Der Vorsitzende Herr Boukhachem bedankt sich bei allen Anwesenden für die engagierte Teilnahme und beendet die Sitzung um 20:30 Uhr. Die nächste Vollversammlung findet am 04.07. 2024 statt.

Der Vorsitzende holt bei den Mitgliedern des Beirats ein Meinungsbild zum Thema „Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Integrationsrat Nürnberg“ ein. Dazu gibt es einhellig Zustimmung.

15. Mai 2024

gez. Rami Boukhachem
Vorsitzender

gez. Carolin Braun
Schriftführerin